

Haushaltsplan 2019 und Haushalt 2017/18 – Stellungnahme der Grünen Liste Neuenbürg in der Gemeinderatssitzung am 20.11.2018

Christine Danigel, Kerstin Bohn und Peter Kreis

Wir möchten mit dem Positiven beginnen: Die „sieben dürrer Jahre“ sind scheinbar vorbei und auch wir freuen uns über das gute Ergebnis im städtischen Haushalt! Das auf die Beseitigung unserer finanziellen Schieflage vergangener Jahre ausgerichtete Wirtschaften in der Stadtverwaltung, dem Gemeinderat und allen voran bei BM Martin und Frau Häußermann, hat uns diese Entlastung und diesen relativen Wohlstand beschert. Vergessen dürfen wir dabei aber nicht die üppiger geflossenen und fließenden Zuwendungen von Bund und Land, den gestiegenen Einkünften aus Gewerbe- und Einkommenssteuer, die auch wesentlich zu diesem guten Ergebnis beigetragen haben. So gut wie jetzt, stand die Stadt – finanziell gesehen – schon lange nicht mehr da.

Diese positive Entwicklung hatte natürlich auch ihren Preis. Gefühlte 80% der Tagesordnungspunkte, hatten in den vergangenen Jahren mit Grundstücksverkäufen und Bauangelegenheiten zu tun. Dabei kamen wesentliche Faktoren unseres kommunalen Zusammenlebens zu kurz – wie wir meinen. Vor dem Hintergrund der Entspannung durch die sehr erfreuliche Haushaltslage ist es jetzt an der Zeit, diese Unausgewogenheit zu korrigieren und wieder einen stärkeren Focus auf das soziale und kulturelle Gedeihen der Stadt und ihrer Ortsteile zu legen. Im Folgenden erlauben wir uns einige Bereiche zu benennen, die wir im kommenden Jahr stärker repräsentiert sehen möchten:

1. Kindergartenplätze

Im September diesen Jahres fehlten „plötzlich“ 32 Kindergartenplätze und besorgte- aber auch verärgerte Eltern tauchten in den GR-Sitzungen zu Recht auf. Wir meinen, dass die Stadt ihren gesetzlichen Auftrag nach Bereitstellung von ausreichenden Kiga-Plätzen nicht erfüllen konnte. Hinter dieser formalen Sachlage wurden dann auch die menschlichen Schicksale sichtbar: Eltern, die mangels eines Kindergartenplatzes für ihr Kind, ihren Arbeitgebern oder Ausbildungsstellen nicht rechtzeitig zusagen konnten und finanzielle Einbußen hinnehmen mussten. Familien mit kleinen Kindern, die ohne Auto bei unserer ÖPNV-Infrastruktur, Anfahrtswege von 30 Min. zumuten musste. Wir können uns im Nachhinein nicht hinter der Aussage verstecken, dieses Defizit an Kita-Plätzen sei vor Monaten noch nicht

absehbar gewesen. Viele betroffene Eltern haben sich rechtzeitig bemerkbar gemacht und von einer ca. 1000-köpfigen Zuwanderung nach Neuenbürg wusste man auch. Jetzt endlich beginnen wir mit Hochdruck daran arbeiten, dass möglichst zeitnah zwei neue Kitagruppen entstehen und sich damit die Notlage für viele Familien endlich entspannt. Um dafür das nötige Personal sicher zu stellen, ist eine sofortige Ausschreibung dieser Stellen angebracht und auch die Möglichkeit, in den bestehenden Einrichtungen eigene Fachkräfte ausbilden zu können. Dadurch wäre eine stärkere Personalbindung möglich.

Die im GR beschlossene städtische Koordinierungsstelle für Kinder- und Jugendarbeit, die auch den Austausch mit den Trägern neu und besser gestalten wird, sind die richtige Prävention dafür, dass uns dieser Notstand so schnell nicht wieder passiert.

2. Schlossbergschule:

Unser besonderes Augenmerk liegt auf der Entwicklung an der Schlossbergschule. Es ist sehr bedauerlich, dass wir als kommunaler Träger es wahrscheinlich nicht schaffen werden, den Standort dieser Werkrealschule zu erhalten. Leider wurde uns als den Gemeinderäten der Stadt, die bevorstehende Abwicklung der Werkrealschule nur in einem Nebensatz präsentiert und nicht als ein brennendes Thema in einer Sitzungsvorlage. Was sollen wir davon halten? Hätte es vielleicht Ideen aus der Mitte des GR gegeben, dieser Negativentwicklung entgegen zu wirken? Diese Chance ist vertan und mit der möglichen Schließung der Schlossbergschule geht wieder ein Stück Leben im Stadtkern verloren. Sollte diese Sachlage in naher Zukunft zur Realität werden, müssen wir sehr zeitnah sinnvolle Ideen für eine Folgenutzung dieses stadtbildprägenden Gebäudes entwickeln!

Ungeachtet einer Schließung der Schlossbergschule ist es auch für eine Folgenutzung sehr wichtig, dass die seit Jahren kaputten Hofbänke endlich repariert werden. Seit drei Jahren lässt eine neue Brandschutzverordnung nur noch eine begrenzte Besucherzahl in die Sporthalle der Schlossbergschule zu, weil eine Fluchttüre fehlt! Diese war bereits im Haushaltsjahr 2018 eingeplant, wurde aber bis jetzt nicht realisiert.

Nicht zuletzt fordern wir von der GRÜNEN LISTE NEUENBÜRG seit Anfang des Jahres die Berichterstattung der neuen Schulsozialarbeiterin, die uns im Gemeinderat für die zweite Hälfte 2018 zugesagt wurde – wir hoffen noch! Sie ist nun seit mehr als zwei Jahren unter veränderten zeitlichen und konzeptionellen Rahmenbedingungen, sowohl für die Schlossbergschule, als auch für´s Gymnasium tätig. Umso wichtiger ist uns eine Auskunft der

Schulsozialarbeiterin, damit wir auf Probleme rechtzeitig politisch reagieren können.

3. Bürgerbeteiligung:

Bemerkenswerter Weise war die Bürgerversammlung am vergangenen Donnerstag sehr gut besucht. Das lässt auf ein nach vor großen Interesse der Bürgerschaft an kommunalpolitischen Themen schließen, obwohl die letzte Bürgerversammlung schon 5 Jahre zurück liegt. Laut der für BW gültigen Gemeindeordnung soll eine Bürgerversammlung aber mindestens einmal im Jahr stattfinden, worauf wir in Zukunft auch bestehen werden. Die Rückmeldungen von Bürgerinnen und Bürgern dazu sprechen sich ebenfalls dafür aus. Ein offener, ehrlicher und demokratischer Bürgerdialog wird von der Landesregierung unterstützt, gefördert und auch beispielhaft vorgelebt. Es soll deshalb auch den Neuenbürgern möglich sein, bei wichtigen kommunalpolitischen Themen mitzureden – und zwar regelmäßig und nicht nur wenn Wahlen anstehen...Die Rahmenbedingungen dafür, dass sich Bürgerinnen und Bürger, gerne und kritisch mit den Vorgängen ihrer Stadt beschäftigen, sind unserer Ansicht nach ausbaufähig.

- Das beginnt schon bei der Grundhaltung den Redebeiträgen der Bürgerschaft gegenüber. Willkommen und wertschätzend oder lästig, zeitraubend und eigentlich überflüssig?
- Die Bürger müssen wieder das Gefühl bekommen, dass sie mit ihren Anliegen gerne gehört und auch ernst genommen werden.
- Regelmäßige, auch extern moderierte Bürgerversammlungen und Beteiligungsverfahren, um eventuell auftretende Irritationen oder emotionale Überreaktionen zu vermeiden.
- Eine zeitnahe Reaktion der Stadtverwaltung auf Anfragen und Mängelmeldungen der Bürger und Transparenz dem GR gegenüber.
- Die starre Regelung der sog. Bürgerfrageviertelstunde lehnen wir in der bisherigen Form, dass nur der BM antworten darf und bei den im GR behandelten Punkten keine Wortmeldung aus den Reihen der Bürger mehr möglich ist, ab. Wir werden dazu einen entsprechenden Antrag einbringen.
- Zeitnahe Berichterstattung aus den GR-Sitzungen unter Einbeziehung aller zur Verfügung stehenden Medien – auch der sozialen Netzwerke.

Gegen Ende unserer Ausführungen dürfen wir noch einige Punkte erwähnen, die uns zwar genau so wichtig wie die vorgenannten sind aber es würde diesen Rahmen sprengen, sie hier ausführlich dazustellen.

4. Die Zeitplanung für die diesjährige Haushaltseinbringung, für Rückfragen und die Erarbeitung der Stellungnahmen, war uns zu kurz gefasst.
5. Eine qualifizierte Aufstockung des Personals im Bauamt sowie im Bauhof scheint uns dringend geboten, um die sehr gute Arbeit dieser Bereiche auch in Zukunft zu gewährleisten!
6. Die zunehmende Vermüllung unserer „malerischen Stadt“ besonders im Kernstadtgebiet, werden wir im kommenden Jahr dringend im Rat zu besprechen haben.
7. Die maroden Wasserleitungen, die uns in 2017 einen Verlust von knapp 100 000 Kubikmetern Trinkwasser verursachten, müssen wir angesichts der knapper werdenden Ressource Wasser unbedingt reparieren.
8. Unsere erfolgreiche Jugendmusikschule, ihre Gebührenfestsetzung aus dem Jahr 2011 und den sog. Standortvorteil, sollten wir genauso im kommenden Jahr besprechen, wie auch die Möglichkeiten von fest angestellten Lehrern, die mit „nur“ Zeitverträgen, gerne abwandern.
9. Regelmäßige Sitzungen des Verwaltungsausschusses und nicht nur des Bauausschusses, halten wir angesichts der Schwerpunkteverschiebung in der Stadtpolitik für unerlässlich.
10. Eine zeitnahe Sanierung der „Alten Pforzheimer Straße“, die wahrlich kein Aushängeschild für unsere Stadt darstellt, bedarf der Abklärung mit dem Land und eine entschlossene Umsetzung. Geld hätten wir dafür jetzt endlich.
11. Bei kontroversen Themen im Rat und der Bevölkerung, wünschen wir uns mehr sachlichen Austausch von Argumenten und weniger Machtdemonstrationen der Entscheidungsträger. Wir alle suchen nach den besten Wegen für die Stadt, ihren Ortsteilen und ihrer Bewohner, auch wenn unsere Ansichten darüber, wie wir dieses hohe Ziel erreichen können, unterschiedlich sind.

Abschließend geht unser Dank an Frau Häußermann und ihr Team für ihre Arbeit in der für uns gewohnten Qualität und die kompetente Beantwortung all unserer Fragen!

Wir von der Grünen Liste stimmen dem Haushaltsplan für 2019 zu und bitten um das Ernstnehmen unserer Anregungen!

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!